

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 2ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Erzst. Sachsl. Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 65.

Sonntag, 7. Juni.

1874.

Politische Uebersicht.

Schlägst du meinen Gründer so schlag ich deinen. Die Berliner „Kreuzzeitung“ eröffnet eine Reihe von Artikeln über die Putzfabrik Nordbahn mit nachstehender Drohung, welche dem Tugend-Lasler und dessen gründerischen Freunden keine sehr angenehme Musik sein wird:

„Der nationalliberale Parteiführer hat unter der Deckung „sitilicher Entrüstung“ einen trefflichen Parteicoup ausgeführt und die Menge, welche jubelte und von dem eigentlichen Stande der Dinge nichts wusste, durfte um alles nicht dahinterkommen. Jetzt soll dasselbe Stückchen aufgeführt werden. Um so mehr wird es Pflicht der konservativen Presse, fest zuzufassen und einen indiescreten Miß in jenes Gewebe zu machen, welches die Blößen unsrer nationalliberalen Beglückungssysteme decken soll. Wir machen daher gleich an dieser Stelle unsere Leser darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit ein Flugblatt erscheinen wird, welches dieses ganze Verfahren beleuchtet und zugleich einen Blick auf die Gründungen werfen wird, denen Herr Lasler bisher stets so sorgfältig aus dem Wege gegangen zu sein scheint. Es dürfte Zeit sein, hieran die eigentliche Bedeutung des Herrn Lasler in größeren Kreisen zum Bewußtsein kommen zu lassen. Es wäre das ein weiterer Schritt in der Aufklärung des Landes über die Bedeutung unserer liberalen Parlamentsherrschaft überhaupt.“

Prädigt! Herr Lasler, das politische Haupt der deutschen Bourgeoisie, beweist uns, daß der Adel und das Beamten thum von der Gründersäule ergriffen ist (Wagner; Putzfabrik; Biron; des Handelsministers Ipenlyß berühmtes Wort, das ihm seine Stelle gekostet: „Ein Mann, der an der Börse sehr genau bekannt ist, hat mir gesagt, er wisse genau, welche Minister Affien haben und welche nicht“). Die „Kreuzzeitung“, das Organ der deutschen Aristokratie, beweist uns, daß die Hauptvertreter der Bourgeoisie an der nämlichen Krankheit laboriren und durch und durch corrupt sind. Erklärt ein sozialdemokratischer Agitator, die Corruption herrsche im heutigen Klassenstaat, so läuft er Gefahr, mit § 130 in Collision zu kommen. Und hier haben wir die Vertreter der herrschenden Klassen selbst, welche einander der widerlichsten Corruption anklagen und das schneidende Wort der Dumak des Jüngeren wahr machen: „Wohin gehen wir? Zur allgemeinen Prostitution!“

Ja die Wirklichkeit ist dem Dichter vorangeeilt. Wir gehen nicht zur allgemeinen Prostitution. Wir sind mitten drin. Und wenn die Autorität der Herren Lasler und Ipenlyß und der „Kreuzzeitung“ nicht genügt, der Frage den Replikensfonds, über den wir demnächst etliche hübsche „Entstellungen“ bringen zu können hoffen.

Die „beste der Welten.“ Unter dieser Rubrik haben wir schon zu wiederholten Malen über das Elend berichtet, in welchem die Arbeiterklasse schmachtet. Heute tritt vor uns ein Arbeiter, der von der Berliner IV. Criminaldeputation wegen Diebstahls bestraft wurde. Der Hergang ist nach der „Staatsbürger-Zeitung“ folgender:

„Der seit 28 Jahren in der Vorfis'schen Maschinenbau-Anstalt beschäftigte Angestellte hatte während dieses langen Zeitraums vielfach mit Unglücksfällen zu kämpfen gehabt, welche denselben in Ausübung seiner Arbeitstätigkeit begegnet waren. Er hatte verschiedene Verletzungen an seinem Körper davongetragen und war schließlich auch noch auf dem linken Auge erblindet. Infolgedessen war seine Arbeitskraft erlahmt und sein Wochenlohn in letzterer Zeit auf 3 1/2 Thlr. reduziert. Sich und seine starke Familie davon zu ernähren, reichte dasselbe nicht aus; und der Aermste mußte nach einem kleinen Nebenverdienste trachten. Er ließ sich verleiten, das er zur Anfertigung von Vötholben benutzen wollte. Der Diebstahl wurde bemerkt und der Geheimere Commerzienrath Vorsig stellte dieserhalb den Antrag auf Verhaftung des in seinen Diensten sitzenden und krank gewordenen bisherigen treuen Arbeiters. „Ja wohl, meine Herren, es ist so, wie die Anklage behauptet; machen Sie mit mir, was Sie wollen!“ rief der Bedauernswürthe seinen Richtern entgegen. Dem Gesetze mußte Genüge geschehen; der Gerichtshof sprach eine Gefängnisstrafe von drei Tagen aus. Der Recurtheile hat, die Strafe gleich abmachen zu dürfen.“

Ein recht trauriges Stückchen sozialen Lebens“ nennt die Berliner „Volkszeitung“ diese soziale Tragödie. Ja wohl! ein trauriges Stückchen“ des traurigen Ganzen, liebe „Volkszeitung“. Aber über solch „traurige Stückchen“ geht man nicht hinweg, wie wenn es sich um etwas ganz Selbstverständliches handelte. Hier ver im Dienste des Kapitals verstruppelte Arbeiter aus Verzweiflung zum Diebe werdend, dort der durch die Arbeit des Unglücklichen zum Millionär gewordene Fabrikant, wie er, herzlich genug, den Arbeiter noch tiefer ins Elend stürzt. — Wahrlich, schon ist diese „beste der Welten.“

Die Wahrheit aus nationalliberalem Mund. Wie schauter das Schicksal es fügt, daß Jemand wider Willen die Wahrheit sagt über sich selbst und seine Partei, zeigt recht deutlich der Reichstagsabgeordnete K. Braun, „ausser Braun“, im Bräunen wie im Schriftstellern gleich bewandert, ob seiner „leichten“ Schreibweise von seines Gleichen gerühmt und gern gelesen, wenn man ihn nicht gerade über Plagiaten erwischt, die einer „leichten“ Schreibweise sehr förderlich sind. In einer seiner neueren Prostitutionen „Deutsche Studentenbilder und Nordgeschichten aus dem Jahre Neunzehn“, mit denen die „Westermann'schen Monats-

hefte“ ihre Leser füttern, heißt es im Januarheft 1874 Seite 360, nachdem von der Ermordung Kogebue durch den Studenten Sand gesagt ist, daß man „dem Kogebue damit viel zu viel Ehre“ erwiesen habe, wörtlich weiter: „Wenn man alle die Menschen, die, mit einem leidlich formellen Talente und einem Uebermaß von Charakterstärke und Eitelkeit begabt, hohen Herren Knechtsdienste leisten, und ihre laaien-hafte Thätigkeit mit übertriebener Wichtigthuerie ausposaunen, umbringen wollte, so müßte man jährlich Helatomben abschlagen.“

Treffender kann die ganze nationalliberale Partei auch vom Gegner kaum charakterisirt und abgethan werden, als es hier von einem Gliede derselben mit höchstgeigneten Worten geschehen ist; das „leidlich formelle Talent“ kann man ihr außerdem noch gern erlassen.

— Unsere reichsfreundliche Presse liebt es, Artikel der englischen Presse, welche der Politik des Fürsten Bismarck günstig sind, zu citiren; natürlich hütet sie sich wohl, dem deutschen Publikum zu verrathen, daß die betreffenden Artikel nur Kufufseier sind, die ein beliebiges Presseblatt in das Nest John Bull's eskamotirt hat. Und ebenso sorgfältig vermeidet sie es, Artikel zu erwähnen, die in einer anderen Tonart geschrieben sind. Wie die nicht vom Berliner Pressebureau beeinflusste englische Presse über das Bismarck'sche Deutschland urtheilt, erhellt u. A. aus einem Artikel, welchen die „Times“, das Hauptorgan der englischen Bourgeoisie, am 27. Mai veröffentlichte. Derselbe beklagt, daß die Völker Europas in den Zustand des Mittelalters zurückzufallen im Begriffe sind, indem sie ihre besten Kräfte und ihre vorzüglichsten Anstrengungen auf die Abrihtung von Soldaten zu verwenden scheinen, wodurch der Civilisation, der Industrie, dem Handel und dem Fortschritt der Menschheit die größten Wunden geschlagen werden. „Unter allen Staaten ist jedoch Deutschland der erste, welcher diesen Rückfall in die Barbarei durch die ungeheuren militärischen Vorkehrungen und Soldaten-Aushebungen am meisten befördert. Deutschlands Armee ist nicht nur numerisch stärker, als die irgend eines anderen Staates, mit Ausnahme von Rußland, sondern enthält auch eine größere Proportion der Gesamtbevölkerung, aus welcher dieselbe gezogen wird, und bildet auf diese Weise, ob absichtlich oder nicht, eine fortwährende Drohung gegen alle seine Nachbarn. Es ist lächerlich, glauben machen zu wollen, daß eine geringere Anzahl nicht zur Vertheidigung des Landes hinreichen würde, und Deutschland weiß ganz gut, daß es heute keiner Gefahr eines Angriffes ausgesetzt ist. Frankreich denkt heute nicht an eine Erneuerung des Krieges, und alle Berichte stimmen darin überein, daß dessen Stimmung gegenwärtig eine friedlichere ist, als seit vielen Jahren. Mit Angst fragt man, zu welchem Zwecke denn diese großen Mühsungen, diese eilige Anfertigung von neuen Krupp'schen Kanonen und Mauergewehren betrieben werde. Einen Frieden, wie den jetzigen, sah die Welt noch nie zuvor; es ist ein Zustand des gegenseitigen Mißtrauens, der für das gesammte Europa eine ebenso große Last ist, wie ein wirklicher Krieg, der den Fortschritt des Welttheiles so sehr hindert, daß ein Krieg, welcher einen wahrhaften Frieden herbeiführen im Stande wäre, noch als das kleinere Uebel erscheinen würde. Das Aergste an der Sache ist noch, daß dieser Zustand gar keine Aussicht auf ein Ende zeigt, und jedes Jahr nur noch die Uebel vermehrt. Wir sprechen immer von Frieden und Fortschritt, aber der Friede entbehrt aller Segnungen, und der Fortschritt besteht hauptsächlich darin, mehr Geld und mehr Anstrengungen für die Vorbereitungen gegenseitiger Zerstörung aufzubieten. Ist das heutige Europa weiser und besser, als das unserer Vorfahren? Sind die Völker gegenwärtig weniger zum Kriege geneigt, als ehemals? Begehen unsere Staatsmänner nicht das Verbrechen, die ärgsten Leidenschaften zu ermutigen, und Haß und Furcht gegenseitig zu erzeugen und zu befördern, während eigentlich gar keine Veranlassung und kein Grund zu denselben unter den Völkern selbst zu finden ist? Der jetzige Zustand der Dinge ist eine Schmach für die Staatsmänner Europas; sie allein verdienen Tadel, weil sie allein schuld sind; sie nährten und begünstigten die gegenseitigen Verdächtigungen, welche auf diese Weise ganz unnöthig zu dem Mißtrauen unter den Völkern geführt haben.“

So die „Times“, die aber, wenn der Replikensfonds ihr eine genügende Zahl klingender Gründe präsentiert, für die Berliner Blut- und Eisenpolitik Verständnis gewinnen wird. Man hat ihr wohl, gleich jenem „großen“ Wiener Blatt, bisher nur ein „kleines Privatvermögen“ geboten! Nach der Bourgeoismoral hat ja Alles und Jedermann seinen Preis; nur muß man ihn richtig bemessen.

— Wie sich die sogenannte gebildete Gesellschaft amüßirt. Das „Leipziger Tageblatt“ vom 3. Juni schreibt: „Wie die Reunberichte im „Tageblatte“ bereits mittheilten, verunglückte am zweiten Keunntage bei der Steeple-Chase das Halbblutpferd Football des Hrn. Lieutenant v. Campe bei der Passage der Mauer durch einen Sturz dadurch, daß es sich ein Vorderbein aus der Kugel fiel. Das arme Thier lag lange, bevor ein Fuhrwerk erschien, um es nach der Scherichterei zu bringen. Man suchte das Pferd auf einem quer darauf gelegten Brette hinauf zu transportiren, wobei es jedoch durch eine starke Bewegung herabstürzte und dabei noch ein Hinterbein brach. So lag das gequälte Thier noch lange Zeit auf dem Rasen, ohne daß Etwas für dasselbe gethan wurde, bis endlich ein Pachtträger, wie erzählt wird, gegen eine Belohnung von 10 Kreuzschillingen es über-

nahm, das Pferd zu tödten. Dies bewerkstelligte er mit unge-schickter Hand mittelst eines gewöhnlichen Taschenmessers, womit er ihm den Hals durchschnitt. So starb das edle Thier einen qualvollen Tod. Es dürfte doch erwünscht sein, daß bei künftigen Rennen an solche Unglücksfälle gedacht werden müßte und Jemand, vielleicht ein Thierarzt, bei der Hand wäre, welcher solch ein rai-nirtes Rennpferd sachverständig ohne Dual von seinem Leiden befreite. Wir gedenken hierbei eines vor einigen Jahren auf un-serem Rennplage vorgekommenen ähnlichen Falles, wo das dem Premierlieutenant v. Einsiedel gehörige Rennpferd Millesteur von einem Pferdebeschlächter auf der Unglücksstätte ebenfalls mit Unver-ständniß getödtet und zum Ueberflus das Fleisch des abgehetzten und abgeängstigten Thieres auch noch als Nahrungsmittel im Schlächterladen verkauft wurde.“

Läßt sich etwas Widerlicheres, Kollereres denken? Und ein Proletarier, ein Arbeiter muß das gequälte abgehetzte Thier für den Schinder-lohn von 10 Ngr. mit dem Taschenmesser todt stehen! War Niemand von dieser gebildeten Gesellschaft vorhanden, der den Wuth hatte, das Pferd zu tödten? Gab es Niemand bei diesem Rennen, der einen scharf geschliffenen Säbel führte, mit welchem das edle Rennpferd des Hrn. „Leutnant“ v. Campe vom Leben zum Tode zu bringen war? Bei anderen Gelegenheiten pflegt es ja an scharf geschliffenen Säbeln nicht zu fehlen! Existirt kein Gesetz, derartige Nothheiten zu ahnden? Schämten soll sich ein jeder Arbeiter, der noch bei solchen „Vergnügungen“ den gaffenden Zuschauer ab-gibt! Und wer ist das Fleisch der auf diese Weise zu Tod gemarterten Pferde? Vielleicht Barone, Leutnants oder reiche Bour-geois? Die werden sich hüten. Dazu sind die Arbeiter da, sie haben ja unverdorrene Magen und können auch das zäheste Pferde-fleisch verdauen.

— Bezüglich der „Reichsenquete“ (soll heißen der von der Reichsregierung angeordneten Untersuchung — trotz des zur Schon gestellten Deutschthums können unsere Regierer nicht deutsch sprechen und schreiben) über Frauen- und Kinderarbeit wird offiziös mitgetheilt: „Das Programm der Reichsenquete über Frauen- und Kinderarbeit, welches einer Anzahl Sachverständiger zur Begutachtung mitgetheilt worden ist, um demnächst von dem Bundesrathauschuss für Handel und Gewerbe definitiv festgesetzt zu werden, zerfällt in zwei Haupttheile, von denen der erste die Beschäftigung der Frauen, der zweite diejenige der jugendlichen Arbeiter zum Gegenstande hat. Die statistischen Erhebungen, welche das Programm über die Beschäftigung der Frauen in Aussicht nimmt, sollen sich auf die Fabrikationsstätten mit mindestens 20 Arbeitern und auf die in einem angegebenen Verzeichniß aufgeführten Industriezweige beschränken, aber für jeden dieser Industriezweige besonders dargestellt werden und zwar, was die Zahl der Arbeiterinnen, deren Arbeitszeit und Arbeitslohn betrifft, in Tabellenform, nach drei mitgetheilten Formularen, im Uebrigen durch Beantwortung einer Reihe formulirter Fragen. Die letzteren beziehen sich auf den Umfang der Sonntags- und Nachtarbeit, die Trennung der Geschlechter und diejenigen Einrichtungen, welche zur Erleichterung der Arbeit beziehungsweise zur Abwendung schädlicher Einflüsse getroffen sind. Die Erörterung der Mißstände soll sich sowohl auf die Gesundheits- als auf die sozialen und sittlichen Verhältnisse erstrecken und in den Rubriken sowohl die für Arbeiterinnen persönlich, als die für das wirtschaftliche und Familienleben hervorgetretenen Uebelstände berücksichtigen. Unter den Maßregeln zur Abhilfe sind diejenigen, welche auf eine Einschränkung der Beschäftigung von Frauen in den Fabriken hinauslaufen, von denjenigen unterschieden, welche von einer solchen Beschränkung unabhängig sind. Die Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Maß-regeln, endlich soll erörtert werden einerseits mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche sie für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung haben, andererseits mit Rücksicht auf den Einfluß, welchen sie auf den Bestand und die Entwicklung der theilweiligen Industriezweige ausüben würden. — In dem zweiten Theil des Programms, welcher sich auf die jugendlichen Arbeiter bezieht, werden keine statistischen Erhebungen über die Zahl, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn angeordnet, sondern nur bestimmte Fragen zur Erörterung gestellt, welche sich auf einzelne Modifikationen der bestehen-den gesetzlichen Bestimmungen, auf eine allgemeine Verschärfung der letzteren und auf ihre Handhabung beziehen. Für den Fall, daß die Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit nicht überall zur Ausführung kommen, soll die Frage geprüft werden, ob Bestimmungen zu treffen seien, wonach Kinder unter 14 Jahren entweder nur vor oder nur nach der Mittagspause beschäftigt werden dürfen, und die Fabrikanten für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren Anfang und Ende der Arbeitszeit und der Pausen in den Fabriken anzuschlagen haben. Bezüglich der jugendlichen Arbeiter soll noch erörtert werden, ob zur Durchführung der Bestimmungen über die Arbeitspausen die Arbeitgeber unbedingt dafür verantwortlich gemacht werden sollen, daß in deren Arbeitsräumen während der Pausen nicht gearbeitet werde. Ueber den Modus der Erhebungen ist zu bemerken, daß sowohl bei der statistischen Aufnahme als auch bei den sonstigen Erhebungen auf die Beziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (soll heißen: Arbeitern) sowie von solchen Männern, welche durch ihren Beruf mit dem industriellen Leben in Verbindung gebracht werden, Bedacht genommen wird.“ Wir können zu letzterem Passus nur bemerken, daß uns bis dato kein Arbeiter, überhaupt kein in der wirklichen Arbeiterbewegung Stehenber bekannt ist, auf den „Bedacht ge-nommen“ wäre.

da er von dem Polizeihauptmann v. Bernicki, dem Dirigenten der politischen Polizei, beschäftigt und besoldet werde. Daß er sich für einen Beamten der Sittenpolizei ausgebe, bestritt er. Die drei Zeuginnen behaupteten dies aber mit aller Bestimmtheit, wie sie auch sonst die Angaben der Anklage bestätigten. Der Polizeihauptmann v. Bernicki, auf dessen Zeugniß sich der Angeklagte berief, bekundete, daß derselbe allerdings von ihm zu besondern Missionen verwendet worden sei; derartige Herren, die er „Privat-Correspondenten“ nannte, würden aus einem kleinen Fonds, über den ihm die Verfügung zustünde, besoldet. Eine Beamtenqualifikation aber sei dem Angeklagten nicht beizumessen. Der Staatsanwalt hob hervor, Nachforschungen hätten ergeben, daß der Angeklagte vielfach dieselben Manipulationen, wie in den drei zur Anklage gestellten Fällen, und sogar bei durchaus anständigen Damen, u. A. der Braut eines Offiziers, versucht habe; er beantragte sechs Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete aber noch die Beleidigung, die den drei Mädchen zugesagt war, für strafschärfend und erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Daß es die „anständigen“ Damen nicht zur öffentlichen Verhandlung kommen ließen, statt sich einer „höchst peinlichen Untersuchung“ zu unterwerfen, mag zwar manches Bedenken erregen, ist für uns jedoch von keinem Belang. Wir resumieren aus dem angeführten Thatsachen nur, daß das Polizei- und Spioniersystem in Preußen sich sogar bis mitten in die Familien erstreckt und daß zu diesen Zwecken Individuen höchst zweifelhaften Kalibers verwendet werden, von welchen eines durch ein glückliches Zusammenwirken der Umstände endlich als Schwindler entlarvt ist. Zu Bismarcks Gefährdungsmaß, daß anständige Leute nicht für ihn schreiben, hätte man längst hinzufügen können, daß anständige Leute auch nicht für ihn spionieren.

Die preussischen Steuerzahler mögen sich bei ihren Abgeordneten noch extra bedanken für die 40,000 Thlr., die sie (die Steuerzahler) jährlich aufbringen müssen, damit ihre Familien ausgehört und ausgespioniert werden können. „Wohlfahrt und Bürgerglück!“

— **Sauhirts Kulturideal.** In der *Viedermann'schen „Allgemeinen Zeitung“* Nr. 129 schreibt ein Pseudonym aus Berlin: „Der in Aussicht genommene internationale Congress, der Ende Juli in Brüssel stattfinden soll, erinnert an ein Lichtfeuer unserer Kulturentwicklung, an die Bestrebungen nämlich, die Leiden des Kriegs nach Kräften zu mildern.“ Besagter „internationaler Congress“ ist ein Congress von Delegirten verschiedener europäischer Regierungen, und hat zum Zweck die Regelung des internationalen Massenmords, genannt Krieg. Der Massenmord soll nicht abgeschafft, aber mit Humanität betrieben werden. Den indischen Thugs*) sagt man nach, sie beförderten ihre Opfer ganz schmerzlos vom Leben zum Tode. Warum nicht einige dieser ehrenwerthen „Kulturkämpfer“ zum internationalen Congress der Herren Gortschakoff und Consorten einladen? Dem Congress selbst schlagen wir vor, einen Preis auf die Erfindung eines Geschosses zu setzen, welches die Menschen nicht bloß so rasch tödtet, daß sie es gar nicht merken, sondern auch zugleich verbrennt, so daß die Cadaver nicht mehr die Lust verpesteten, also in „humanster“ Weise für die Todten wie für die Lebenden gesorgt wäre. Der Chemie wird die Lösung der Aufgabe ein Leichtes sein; und „Sauhirts Kulturideal“ wäre dann „herrlich erfüllt“.

— **Hinter die Coulissen des großen Reichs- und Kulturkampftheaters** vergönnt uns heute das Preszbureau einen Blick zu thun, indem es in einem vielbenutzten Artikel bestätigt, was wir stets behauptet: daß nämlich Bismarck beim Kulturkampf mehr die Rolle eines Figuranten auf sich zu nehmen hat, während die eigentlichen Constructeure und Leiter der Reichsmaschine in dem Kleeblatt Bucher-Stieber-Wagener zu suchen sind. Der Artikel besagt:

„Wenn es sich bestätigt, daß der Geh. Legationsrath Lothar Bucher heraustritt, innerhalb der Reichsverwaltung künftighin eine hervorragendere Stellung einzunehmen als bisher, so würde diese Wahl von Neuem für den guten Griff Bismarcks bei Auffuchen der besten Kräfte Zeugniß ablegen.“

So groß dieses Verdienst des „guten Griffes“ Herrn Agibi auch erscheinen mag, müssen wir es doch als das Mindeste bezeichnen, was man von einem „Staatsmann“ verlangen kann. Jeder Ochsenhändler muß seinen „guten Griff“ haben, und der Staatsmann, der Dummköpfe in sein Ministerium beruft, steht ganz auf gleicher Linie mit dem Ochsenhändler, der krankes Vieh für gesundes kauft. Aber das Preszbureau, alias Herr Agibi ist so täppisch, seinem Patron, nachdem es ihm ein so zweifelhaftes Lob erteilt, auch noch in optima forma das Zeugniß anzustellen, daß er bei den bedeutenden Staatsaktionen nur die Rolle eines sogenannten Strohmannes gespielt hat. Wir müssen Herrn Agibi die Verantwortlichkeit dafür überlassen, daß er uns mit einer Offenherzigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, mittheilt:

„Bucher's Feder hat dem Reichskanzler das Renomme eingebracht, daß seit zehn Jahren nirgends so gute Staatschriften verfaßt worden sind wie in Berlin. Was bleibt aber wie Bucher verstanden hat, in den kritischen Momenten der preussischen und norddeutschen Politik Bismarck'schen Gedanken und Intentionen getreu Ausdruck zu geben, der ist mit dem Reichskanzler nachgerade geistig erwachsen; und handelt es sich also darum, dem Reichskanzler einen Vicelkanzler beizugeben, so ist Bucher die ganz von selbst gegebene geeignetste Persönlichkeit.“

Also „Bucher's Feder“ hat dem Reichskanzler sein Renomme eingebracht! Wir sind mit diesem Gesändniß völlig befriedigt. Was bleibt für den „Genialen“ noch übrig, nachdem zugestanden, daß die Staatschriften nicht von ihm verfaßt sind? Was bleibt von ihm noch übrig, wenn man ihm seinen Helm und Säbel abnimmt und ihm die Kürassieruniform seines — durch „Bucher's Feder“ erworbenen — Ruhmes anzieht? Was bleibt übrig, wenn man den Wehrhahn hinwegbläst, welchen ihm der Willkürdurst der deutschen Bourgeoisie und die Dummheit deutscher „Patrioten“ gespendet?

Nicht minder interessant ist das zweite Geständniß des Preszbureaus:

„Der Junker Bismarck kaufte sich vor Jahren am liebsten mit demokratischen Naturen, die wieder an ihm Gefallen fanden, weil sie Leben und Gesundheit an dem Junker gewahrten; so entstanden heimliche Freundschaften, die sich allmählig zu ganz intimen Beziehungen erweiterten. Alle politische Widersacher haben für Bismarck eine besondere Anziehung gehabt, und wo er in ihnen staatsmännisches Talent witterte, da hielt er sie lieber fest als solche

Leute, die schon lange in der „Tretmühle“ gearbeitet hatten. Der Reichskanzler dankt Bucher ungemein viel, und daß er ihn jetzt noch näher als bisher an sich heranbringen möchte, ist nach den großen Erlebnissen der letzten zehn Jahre begreiflich genug.“

Und ist sogar noch mehr begreiflich. Daß der Hoffsozialdemagog Wagener, der Imperialsozialist Schwegler, die demagogische Intriguanzen Hayfeldt, der „ehrlische Demokrat“ und Protokollfälscher Stieber und schließlich noch der „demokratische Diplomat“ Bucher die „demokratische Natur“ besaßen, mit welcher sich Bismarck so gern „rauste“, daß jene an ihm „Gefallen fanden“ und in „intime Beziehungen“ zu ihm traten, das ist wohl für Niemand ein Geheimniß, der sich um die neuere Entwicklung der hohenzollernschen Hausmacht mit nur einigem Verständnis bekümmert hat.

Nun ist Bismarck auch körperlich geschwächt und die bisher unsichtbaren Lenker der Staatsmaschine erfassen den Augenblick. Bucher tritt in den Vordergrund als Vicelkanzler. Wenn Bismarck sich bei Lauder bedankt für die Enthüllung des Pferdegeschlages am Nephistopheles Wagener, so mag er jetzt desgleichen beim Presbureau Agibi thun, der seinen Patron zum Strohmann und Demagoggen stempelt. Wofür wir Herrn Agibi die Verantwortlichkeit ebenfalls freundlichst überlassen.

— **Stoßseuffer eines Kleinmeisters.** Neben den kampfhafte Anstrengungen bornirter Kleingewerbetreibenden, der Arbeiterbewegung durch allerlei gesetzgeberische Beschränkungen den Garaus zu machen, hören sich recht komisch die Klagen derselben Leute an über „die schlechten Zeiten“. Da jammert z. B. in der in Vordr. erscheinenden „Remszeitung“ ein Kleinmeister über die hohen Ladenpreise, über die Steigerung der Lebensmittel und Arbeitslöhne, und nachdem er seufzend an die „guten alten Zeiten“ erinnert, fährt er also fort:

„Oder ist es Absicht der mehr Bemittelten, die weniger Bemittelten vollends in den Abgrund des Verderbens zu stürzen durch absichtliches Bögen verhältnismäßigen Aufschlags? Oder, möchte Einsender fragen, soll denn, wenn eine weitere Erwerbsquelle neben der künftigen Schusserei noch vorhanden ist, dieselbe bei dem nächtlichen Schein der Lampe auf der Schahbank auch vollends in Rauch aufgehen? Darum möchte Einsender alle seine werthen Mittelmeister auffordern zu einer Einigung hierin und alle etwaige sonstige Vorurtheile gegen einander fahren zu lassen, denn letztere führen zu keinem wünschenswerthen Resultat. Das ist ein für allemal gewiß: unser gegenwärtiger Aufschlag ist zu wenig zum Leben und ein bißchen zu viel zum Sterben.“

So der Kleinmeister! Hätte der gute Mann nur die leiseste Ahnung von den Gesetzen der modernen kapitalistischen Produktionsweise, er würde nicht klagen über die verloren gegangenen „guten alten Zeiten“ und er würde ebenso wenig den einzelnen Mehrbemittelten den Zerfall des Kleingewerbestandes in die Schuhe schieben. Aber so ist es: Kleingewerbetreibende, die in Erinnerung an die verloren gegangenen „guten alten Zeiten“ dem „goldenen Kalbe“ der Gegenwart nachjagen, dabei aber immer tiefer in den Abgrund des sozialen Elends sinken, Kleingewerbetreibende, die trotz dieser Lehren immer noch nicht begriffen haben, daß ihre Klasse unrettbar dem ökonomischen Tode geweiht ist, sie können ebenso wenig begreifen, daß die Arbeiterbewegung im eminentesten Sinne des Wortes eine Kulturbewegung ist. Und leider muß gesagt werden, daß diese Ignoranz die Mehrzahl des Kleingewerbestandes bilden. Und darum das Pöndern nach der „guten alten Zeit“, darum der Kampf gegen die Emanzipationsbestrebungen der Enterbten und Beschloffenen.

Aus Serbien. Mit Nachfolgendem will ich über einen in letzter Zeit abgewickelten Vorgang im Fürstenthume Serbien kurz berichten. Dazu drängt mich einerseits die Wichtigkeit des Geschehenen und andererseits die Mangelhaftigkeit einer Correspondenz in diesem Blatte, welche von einem meiner Freunde herrührt und zur selben Sache gehört, auf die ich nun übergehe. Zu Ende des verfloffenen Jahres wurde in Kragnjevac (Ort der Zusammenkunft der Nationalversammlung) von den dortigen Bürgern eine Buchdruckerei errichtet, und die Mitglieder derselben beschlossen, ein politisches Blatt erscheinen zu lassen. Im November 1873 erschien die erste Nummer des Blattes, benannt „Javnost“ („Die Oeffentlichkeit“). Gewirgt durch Erfahrungen, erging sich die Redaktion über das Programm in allgemeinen Sätzen; sie sprach von dem Einflusse der Wissenschaft auf das Volksthum und Volkswohl, versprach die Pflege derselben sowie das Beloben der ethischen Thaten und die strenge Beurtheilung der Unethlichkeit, des Egoismus etc. In der ersten Nummer kündigte das Blatt den Beginn seines Wirkens an und äußerte sich unter Anderem: „Wir wünschen offen dem Leser die Nothwendigkeit, welche das Erscheinen unseres Blattes gebot und die Richtung unserer zukünftigen Arbeit zu erklären. Allein können und dürfen wir das? Können überhaupt die serbischen Zeitungen in den schweren Reiten, in welche sie gefesselt sind, offen ihr Programm, ihre Prinzipien und die Richtung ihres Wirkens auseinandersetzen? Und dürfen sie das thun, ohne daß sie nachher Ausweichungen, Bindungen und Wandlungen in ihren Prinzipien und Wirkungsrichtungen machen müßten, oder lebend „bis auf bessere Zeiten“ sich in das Grab legen? Solche schwere Zweifel bemächtigten sich unser beim Erscheinen unseres Blattes. Wir waren nicht lange im Zweifel. Schon im April dieses Jahres, ja auch vorher wurden nämlich verurtheilt: der verantwortliche Redakteur Mita Stojkovic zu 3 Monaten Gefängnishaft und 60 Thlr. Geldstrafe, der Hauptarbeiter Svetozar Markovic zu neunmonatlicher Gefängnishaft. Beileibe ist das noch nicht alles — das Journal selbst wurde vom Ministerium zweimal verurteilt und schließlich gänzlich verboten. Bevor ich jedoch zu den Prozeßverhandlungen komme, will ich etwas aus der sonst kurzen Geschichte der sozialistischen Bewegung in Serbien mittheilen. Auf Anregung eines Ingenieurs wurde am Beginn des Jahres 1870 in Belgrad eine Genossenschaft der Tischler und Schlosser gegründet. Es bedurfte keiner langen Auseinandersetzung dazu, die Leute sahen die Zweckmäßigkeit des Genossenschaftswesens selbst ein und schritten wohlgemuth zur That. Ursprünglich traten 5 Tischler und 5 Schlosser der Gesellschaft bei, nachher vermehrte sich die Zahl der Mitglieder. Nachdem sich dieser Versuch bewährt hatte, folgten auch Arbeiter anderer Branchen nach und es entstanden die Vereine der Schuhmacher, Schmiede, Schneider, dann ein Consumverein, der sich eines sehr regen Verkehrs auch außer der Stadt erfreute. Nach den bestehenden (Zwangs-)Gesetzen derselben sind die verschiedenen Rechte, als: das Versammlungs- und Vereinsrecht zu politischen Zwecken dem Bürger verläumert. So durfte man die Arbeiter nicht versammeln, um sie über ihre Lage und Interessen zu belehren. Es fiel somit die Hoffnung der Arbeiterfreunde, die Arbeiter durch Vorträge in Versammlungen zu überzeugen, daß ihre Interessen gemeinschaftlich sind und zwischen ihnen Solidarität herrschen muß, wenn sie für ihr eigenes Wohl kämpfen wollen. —

Die begonnenen Vorträge wurden sogleich untersagt. Es verblieb nur die Möglichkeit, die angeregte Bewegung in dem arbeitenden Volke durch ein Blatt im Flusse zu erhalten; daher erschien April 1871 das Programm des sozialistischen Blattes „Radnik“ („Der Arbeiter“), welches Blatt am 1. Juni desselben Jahres regelmäßiges Erscheinen (wöchentlich dreimal) begann. Der Hauptarbeiter war hier wie später bei der „Oeffentlichkeit“ der Schriftsteller Svetozar Markovic. Das Blatt pflegte nicht nur den Genossenschaftsgeist, sondern lehrte sich gegen die gesammte serbische Journalistik und kritisierte deren Richtung und Taktik. Es verurtheilte die Geistesrichtung in den „maßgebenden Kreisen“, auf das Volk verdammend, demoralisirend und einschläfernd und es bekämpfte die hohe Kabinettpolitik und forderte das Volk auf, zur Wahrung seiner Rechte und zur Einigung des serbischen Stammes der Regierung entgegen zu wirken.

Zu dieser Zeit erlag die Pariser Commune den Versäulungen und „Radnik“ vertheidigte sie gegen alle Angriffe und zeigte die Leserwelt die Quellen, aus denen die „ehrlischen Blätter“ ihr Wohlgeschöpf. Mit einem Worte, das Blatt wirkte auf das ganze Volksleben in Serbien ein.

Die Regierung schaute anfangs unentschieden der Ausbreitung des Blattes und seinen Tendenzen zu; dann nahm sie sich von den Konfiskationen keinen Gebrauch zu machen, so lange das Blatt die Minister nicht angriff. — Ja sie dachte, das Blatt werde bald bei der Bevölkerung sich verhasst machen, „denn bringt fortwährend alberne Artikel von der Commune und anderen Utopien“. Allein der sachtliche Fortschritt des Blattes erregte der Regierung doch ernste Besorgniß und sie machte sich ans Werk. Durch „amtliche Berichtigungen“ suchte sie die Behauptungen des Blattes zu widerlegen, und begünstigte die Handelsleute, welche Klage gegen den Consumverein erhoben hatten, dem sie „nach Befehl“ die Existenzberechtigung freitig machen wollten. Amtliche Berichtigungen wurden aber von der Redaktion als Verhöhnung nachgewiesen und die Regierung schritt zu einem Prozeß.

S. Markovic hatte in seinen in Oesterreich gedruckten Schriften u. s. w. erklärt, daß es ihm gleichgültig ist, ob Franz Josef die Obrenovics Serbien regieren; und weiter, daß unter ihm Milos eine größere Ausbeutung und Bedrückung herrsche, als unter der Türkenherrschaft gewesen ist. Wegen dieser und anderer Äußerungen wurde nun Markovic vor das Gericht beschickert. Der Prozeß zog sich in die Länge. Inzwischen bedeutete die Regierung dem Jenkor (trotz der Pressefreiheit!) unerbittlich die Arbeit des Blattes zu würgen. Vor seiner Verurtheilung erfuhr Markovic, daß eine mehrjährige Haft seiner Hare und er begab sich deshalb mit Pissen versehen nach Oesterreich. Die Regierung natürlich stand nicht von der Verfolgung des Blattes ab und verhaftete den Redakteur desselben auf Antrag des Mitropolitens (Kirchenoberhaupt in Serbien) wegen der Behauptung, daß Christus ein Sozialist gewesen und wegen anderer Artikel. So wurde das Blatt unmöglich gemacht.

Nach diesem Akte trat in der gesammten Presse Serbiens ein unheimliche Stille ein. Die Regierung hingegen suchte nach Communitenverbindungen in der Hochschule, arretirte die Leserboten Bücher und die vermeintlichen Kolporteurs derselben. Diese Zeit hielten zwei Ministerwechsel und das neugebaute Ministerium versprach, freiständig zu sein. — Die Versprechen des Ministers. — O! man weiß überall, was von diesen zu halten.

Unter solchen Verhältnissen begann „Die Oeffentlichkeit“ („Javnost“) ihre Thätigkeit. „Der Arbeiter“ hatte seinerzeit einen unermesslichen Einfluß auf die Verathungen der Nationalversammlung geübt und „Die Oeffentlichkeit“ besaß einen um so größeren, sie an Ort und Stelle erschien, wo dieselbe tagte. Die „Oeffentlichkeit“ erschien sogar täglich so lange die Versammlung währte und konnte also leicht und zur rechten Zeit ihre Vorschläge und Meinungen auch in die Versammlung hineinbringen.

Die Abgeordneten, die es ehehem für eine ungemein große Ehre hielten, in demselben Saale mit den Ministern zu sein, wollten nun zu sprechen, ja sogar von ihnen die Hand gereicht zu erhalten und alles für das Allerbeste und vernünftigste hielten, was vorgeschlagen wurde. — Diese selben Abgeordneten verlangten nun die Entlastung die völlige Ministerverantwortlichkeit, freirechtliche Gemeindeverwaltung und die Pressefreiheit. Zu dieser Veränderung der Haltung der Abgeordneten hat unzweifelhaft auch die Unzufriedenheit im Volke das Ihrige beigetragen, die sich anlässlich des großen Geldbetruges des gewesenen Kriegsministers zeigte. Die „Oeffentlichkeit“, von der Versammlung stark in Anspruch genommen, besaß sie mit lauter praktischen Vorschlägen und bewies dadurch, daß der Sozialismus gerade das Rechte und Gerechte einführen wollte. Es wurde über die Befreiung des Volkes von der Wuchererschuld, über die Organisation der Agriculturn, über billige Rodungs- und die vereinfachte Staatsverwaltung, Abschaffung des Gendarmen etc. diskutiert. Gleich zu Anfang ihres Erscheinens wurde „Die Oeffentlichkeit“ von der Regierung verfolgt. Die Post expeditur vorzüglich (freilich auf gegebenen Wink der Regierung) das Blatt unregelmäßig und von Zeit zu Zeit ließ mehrere Nummern verloren gehen. Ferner wurde der Artilleriehauptmann Grujic seines Amtes enthoben, weil er an der Gründung der Buchdruckerei Theil genommen hatte (anfänglich lobten ihn deshalb seine Vorgesetzten) und allen Staatsbeamten wurde der Besuch der Druckereialitäten bei Abfertigung von ihren Posten verboten. Weiter maßregelte man einen Gymnasialprofessor wegen einer Festschrift. Schließlich strengte der Staatsanwalt gegen den Redakteur und gegen Markovic einen Prozeß an, dessen Ergebnis die Verurtheilung des Ersteren zu 9 Monaten Gefängnis und 60 Thlr. Geldstrafe, des Letzteren zu 18 Monaten Gefängnis war. Die Strafanträge wurden aber von der 2. und 3. Instanz wie eingangs angegeben, geändert. Der Prozeß war ein interessanter und ich werde über denselben etwas ausführlicher, als mit diesem Artikel geschehen könnte, berichten.

Schließlich will ich der Gefängnisse Serbiens, wie sie sich stark erwähnen. Es ist leicht, sich einen Begriff von diesen zu machen, wenn man weiß, daß das Volk selbst auf die Verurtheilung wie auf wirkliche Bösewichter und Bestien herabschaut und deshalb die an diesen verübte Mißhandlung im Voraus wohlbedient betrachtet. Die Regierung dagegen wird nicht auf Humanität die Gefängnisse gesundheitsgemäß verbessern, vielmehr wird sie die thörichte Entrüstung der Massen zum Nachtheile ihrer Willkür anheimzufallen Opfer ausbeuten.

In einer Correspondenz des in Ungarn erscheinenden Blattes „Zastava“ finde ich folgende Schilderung des Gefängnisses in Szeged: „In den Stuben, die wie in der Länge so in der Breite 2—2½ Klafter Ausdehnung haben, sind zu 10—12 Menschen eingeperrt. Der Gestank, die Unreinlichkeit, die Wanzen, die Ratten und die Ratten verpesten die Luft im wahren Sinne des Wortes. Den ganzen Tag liegen die Leute auf einem aus losen Brettern bis zu 25 Schritten in der Länge wie in der Breite großen zweimal und das nicht über ¼ Stunde erlaubt, wobei nicht

*) Eine indische Wödenlaste.

vergessen ist, daß zur selben Zeit sämtliche Arrestanten, an die 120—150 Mann, ihren Spaziergang machen. Das Schreiben und Lesen ist nicht erlaubt oder doch nur unter Aufsicht. Die Kost und die Behandlung sind wie zu den Zeiten, da man vom Feuer nichts wußte — roh. Kurz, der Mensch ist in diesem Gefängnisse herabgewürdigt bis zum Thier, und kann vor seinem Eintritte in dasselbe von den Seinigen den Abschied auf Nimmerwiedersehen nehmen."

Der Redakteur Stojkovic ist wenigstens in gutem Gesundheitszustande, die Gesundheit des Markovic hingegen ist zerrüttet und zu der Zeit, wo er gewöhnlich die Bäder zur Herstellung seiner Gesundheit aufsucht, ladet ihn die Regierung in das Gefängnis. In seiner Zelle lagern außer ihm noch 6 Leidensgenossen, die alle rauchen. Ob ihm das Schreiben erlaubt sein wird, ist noch unentschieden.

Und stürbe S. Markovic im Gefängnisse, so verlieren wir zwar einen der besten und thätigsten Mitkämpfer, der unermüdet für die sozialistische Idee wirkte; — allein ohne Opfer geht es nicht und wird es auch weiterhin nicht gehen. Wir sind uns unseres Loses bewußt und treten muthig für unsere Prinzipien in den Kampf ein, denn Wahrheit und Recht ist mit uns, und diesen werden unsere Feinde nicht lange widerstehen können. — Nur zu, ihr Tyrannen! Bundesgenossen der ökonomischen Ausbeuter, Euerer Verfolgungen lehren uns, daß ihr uns fürchtet!

— In Sachen des Zwiespaltes, welcher sich zwischen der Gruppe der deutschen Arbeitervereine der Schweiz (Organ „Felleisen“) und dem Schweizer Arbeiterbund (Organ „Tagewacht“) abspielt, sind wir mehrfach um unsere Intervention ersucht worden. Formell hätten wir zur Intervention allerdings das Recht, indem die deutschen Arbeitervereine der Schweiz durch ihre Centralverwaltung zu Zürich sich schon vor Jahren der Partei angeschlossen haben, allein in Wirklichkeit steht die Partei sammt ihren Behörden den anschließlichen der Schweizer betreffenden Zwistigkeiten so fern, daß es für sie nicht gerathen erscheint, sich weiter einzumischen. Soviel sei hier nur bemerkt: Nachdem der deutsche Arbeiterverein Zürich von dem Winterthurer Congreß aus dem Schweiz. Arbeiterbunde ausgeschlossen worden ist, sollten die Streitenden sich mühen, über alle Personenfragen hinwegzugehen und lediglich der Agitation unter den Arbeitern und deren Organisation sich zuwenden. — Dies unser Rath und unsere Rechtfertigung bezüglich unseres bisherigen Verhaltens in dieser Sache. Voraussetzlich wird der Coburger Congreß uns seine Zustimmung nicht versagen.

— Vielen unserer Leser wird bekannt sein, daß unter unsern Parteigenossen in Nordamerika wegen verschiedener Organisationsfragen ein Zwist ausgebrochen ist, welcher seit dem Congreß zu Philadelphia mehrere Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation zu New-York veranlaßt hat, nachdem sie bedingungsweise suspendirt waren, ganz aus der Internationalen Arbeiterassoziation auszutreten. Es liegen uns in dieser Angelegenheit verschiedene Zuschriften und Erklärungen vor, welche wir jedoch, indem uns der New-Yorker Consist fernliegt, im „Volkstaat“ nicht weiter berücksichtigen können. Hoffentlich gelingt es auf dem, nächstes Jahr in England stattfindenden Congreß der Internationalen Arbeiterassoziation, solche Bestimmungen zu treffen, welche weiteren Mißbilligkeiten in Organisationsfragen vorbeugen und dem Zwiste unter den sozialdemokratischen Arbeitern Nordamerikas ein Ende machen werden.

— Wegen einer am 5. Januar d. J. zu Neureuditz gehaltenen Rede ist Bloss auf Grund des § 131 des Reichsstrafgesetzbuches zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, während Hadlich von der Anklage auf Schmähung von Staatseinrichtungen (angeblich bezogen durch das Citat des Volkstheaters Ausspruches von den „Spießbuben in Waffen“) freigesprochen werden mußte.

— Wegen Abdrucks des bekannten Artikels „König Johann“ aus der „Frankf. Ztg.“ ist Parteigenosse Gustav Kühner in Dresden, s. J. verantwortlicher Redacteur der „Chemnitzer freien Presse“, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Gewerkschaften

Metallarbeitergewerkschaft.

Chemnitz. Die noch existierenden Orte obiger Gewerkschaft werden hiermit aufgefordert, ungefüllt ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Beiträge an den Hauptkassirer E. S. Pictor, Chemnitz, Poststr. 34, einzusenden, damit derselbe seinen Abschluß regelrecht dem neuen Vorort übergeben kann; ebenso sind die seinerzeit den Bevollmächtigten zugesendeten Sammelbogen sämtlich ohne Ausnahme, ob etwas darauf verzeichnet ist oder nicht, an den Hauptkassirer einzusenden. Ferner, um allensälligen Forderungen vorzubeugen, diene zur Kenntniß, daß die den Bevollmächtigten zugesendeten Unions-Nummern unentgeltlich an sämtliche Mitglieder zu vertheilen sind, und wo dieselben nicht zuzulangen sollten, bittet man um weitere Nachricht.

Nach ist zu bemerken, daß die Mitgliedschaft zu Reichenbach i. V. durch Polizeibehörde sich veranlaßt sah, vor der Hand sich aufzulösen, was, um Ungelegenheiten vorzubeugen, hiermit veröffentlicht wird.

Für den Vorort:
Rich. C. J. Wolf, Poststraße 34.

Gotha. Allen Genossen der Metallarbeitergewerkschaft zur Nachricht, daß die am hiesigen Orte bestehende Gewerkschaft am 1. Juni d. J. vollständig in Kraft getreten ist und sich eines guten Bestandes erfreut. Reiseunterstützung wird beim Cassirer Herrn Adolph Marschner, Hülpelsgasse Nr. 28, ausbezahlt.
A. Koch, Bev.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Braunschweig. Aufruf an die Maurer, Zimmerer, Dachbeder, überhaupt an alle Bauhandwerker Deutschlands zur diesjährigen Generalversammlung der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer und verwandte Gewerke.

Hochgenossen Deutschlands, organisiert Euch und tretet energisch für die Verbesserung Eurer Lage in die Schranken. Dieser Mahnruf erschalle von Ohr zu Ohr, denn besonders für uns hat schon längst das Sprichwort, „Handwerk hat goldenen Boden“, seine Bedeutung verloren, und sind wir bereits eher schlechter als besser gestellt, als der gewöhnliche Handarbeiter, weil Letzterer weniger durch den Winter leidet wie gerade der Bauhandwerker und ohnehin auch keine Lehrzeit durchzumachen hat. Darum Collegen allerorts, aufgepaßt und schließt Euch den schon organisierten Massen an, damit wir nicht noch tiefer sinken. Es haben sich bereits die Fabrikanten und auch besonders die Meister und Arbeiter der Dampfer durch ganz Deutschland verbunden, um, wie

die Erfahrung uns lehrt, selbst den berechtigtesten Forderungen der Arbeiter vereint entgegen treten zu können. Collegen, dem gegenüber ist es auch unsere heiligste Pflicht, uns zu organisieren; diese Organisation ist geschaffen: Es ist die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer. Dieselbe hat sich schon über viele Städte Deutschlands ausgebreitet trotz der Hindernisse, welche ihr in den Weg traten. Dieselbe bietet ihren Mitgliedern Schutz gegen Verdrückung und ungerechtfertigte Anforderungen; mit derselben ist verbunden eine gut organisierte Krankenkasse, von deren Wohlthätigkeit schon mancher College sich zu überzeugen die Gelegenheit hatte. Die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer hält nun ihre diesjährige Generalversammlung den 20. 21. und 22. Juni in Coburg ab und fordert nicht nur die Mitgliedschaften unserer Gewerkschaft auf, sich dort durch Delegirte vertreten zu lassen, sondern auch die bis jetzt noch immer isolirt dastehenden Fach- und Ortsvereine sowie überhaupt alle uns noch fernstehenden Collegen, welche es ehrlich mit der Bereinigung der Arbeiter meinen, werden ersucht, Delegirte nach Coburg zu entsenden, resp. zahlreich zu erscheinen, damit wir dort zusammen unsere Interessen beraten können. Denn vereint sind wir Alles, vereinzelt Nichts. Darum nochmals Collegen: an die Arbeit.

Die Mitgliedschaften unserer Gewerkschaft fordern wir nochmals auf, Anträge zur Generalversammlung rechtzeitig an uns gelangen zu lassen. Jede Mitgliedschaft muß durch einen Delegirten vertreten sein, wo dieses, wie bei den kleineren Mitgliedschaften, nicht möglich ist, da mögen sich dieselben mit den Collegen in den umliegenden Orten verbinden, und gemeinschaftlich einen Delegirten wählen und gemeinsam die Kosten tragen; wo auch dieses nicht geht, da mag man das Mandat an Unterzeichnetem einsenden. Auch können Orte, welche unserer Organisation nicht angehören, das Mandat an Unterzeichnetem einsenden, falls sie sich nicht durch einen Delegirten aus ihrer Mitte vertreten lassen können. Jedes Mandat muß mit der Unterschrift des Bevollmächtigten, des Kassirers und Schriftführers, sowie mit dem Stempel versehen sein. Jeder Delegirte muß Sonnabend, den 20. Juni, Abends 6 Uhr oder spätestens den Sonntag Mittag in Coburg eintreffen. Tagesordnung der Generalversammlung: 1) Redenschaftsbericht der Hauptkassen- sowie der Hauptgewerkschaftskasse. 2) Wahl des Vororts und der Verwaltung. 3) Rothwendigkeit der Agitation. 4) Verathung über Anschluß an die Union. 5) Geschäftsordnung. Die Mitgliedschaft Braunschweig im Verein mit dem Verwaltungs-rath stellt folgenden Antrag: Jede Mitgliedschaft trägt die Kosten für den Delegirten selbst und nicht mehr die Hauptkasse wie früher. Weitere Anträge ersuchen wir baldigst an Unterzeichnetem einzusenden. Nähere Mittheilungen über das Lokal, in welchem die Generalversammlung stattfindet u. s. w., macht das Comité zu Coburg.

Um die weiteste Verbreitung dieses Aufrufs wird gebeten.
Für die Verwaltung der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer:
H. Rieck, Schoppenstedterstraße 50.

Correspondenzen.

Biesla. Daß das hiesige Spießbürgerthum nicht erfreut ist über den Anflug, den die sozialdemokratische Idee hierorts gefunden, darüber darf man sich nicht wundern, ebensowenig, daß mit allen möglichen Mitteln versucht wird, deren Weiterverbreitung Einhalt zu thun. Neben dem direkten Einfluß, wie Maßregelung u. dgl., den die Arbeitgeber auf die Arbeiter auszuüben nicht unterlassen — vier wichtige Parteigenossen sind bereits aus ihrer Arbeit entlassen — versucht auch das hiesige Amtsblatt, genannt „Ebelblatt und Anzeiger“, mit dem längst abgethanen Gemeinplatz vom verkommenen Apatorenthum auf die Arbeiter einzuwirken. — Natürlich kommt das Amtsblatt einen Posttag zu spät; denn so weit sind die hiesigen Arbeiter denn doch schon, daß sie das Bummelthum ganz wo anders suchen als unter den Leuten, die sich zur Aufgabe gestellt haben, ihre Arbeitsgenossen über ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft aufzuklären, und die trotz Gefängnis und Verleumdung unbeeinträchtigt in ihrem Wirkungskreise ausdauern.

Magdeburg, 3. Juni. Gestern war ich in Burg, um für Sonntag den 7. Juni alles zum Gescheh klar zu machen, wollte sagen, um für genannten Tag eine Volksversammlung zu Stande zu bringen. Der Saal war besetzt, die Anzeige geschrieben, und so lenkte ich meine Schritte nach dem Hause der Stadt, von wo aus eine heilige Polizei das Gescheh von so und soviel Seelen lenkt, und wo die Bäter der Stadt berathen, vor wessen Nase eine überziehende Gasse in einen verbedeten Kanal verwandelt werden soll, damit nicht Dünste bei geöffnetem Fenster in das Gemach desjenigen ziehen, der da die saure Arbeit auf sich genommen, vom Ertrage dessen zu leben, was andern Menschenkindern von rechtswegen gehört. Angekommen in den begehrtesten Räumen, nahm mir ein wohlgenährter Mensch meine Anzeige ab, und mir dieselbe nach Durchsicht zurückgebend, verwies mich dieses altenschriftende Individuum in ein anderes Zimmer, dem Jassien desselben zurend: „Lesen Sie sich das erst einmal genau durch.“ Richtig! Da sah auf hohem Drehstuhl ein altes hageres Männchen mit eisgrauem Bart und dem grimmigen Gesichte eines Cerberus, eingehüllt in blauer Uniform mit rothem Kragen und Aufschlägen. Die Achselknöpfe verkleideten mir, daß ich einen hohen Würdenträger der Polizei, nämlich einen Commissarius vor mir hatte. Der Sarras, der an der linken Seite, nicht des Drehstuhls, sondern derjenigen des Commissarius hing, vollendete das Bild. Undächtigt wurde die Anmeldung durch die Brille betrachtet; doch o Schreden, die Gesichtszüge des Lesenden verschnürten sich und nichts Gutes hinter dieser angekündigten Volksversammlung, witternd, ertönte es hinter dem grauen Schnurrbart: „Was haben Sie für ein Prinzip?“ Nicht begreifend, was das damit zu thun, fragte ich: „warum?“ Nun es gibt so viele politische Parteien, deshalb fragte ich, „Sie können doch jedenfalls sagen, zu welcher Partei Sie gehören?“ Noch nie ist es mir eingefallen, meine Farbe zu verläugnen, und da ja auch ein Polizeikommissar nicht im Stande ist, es einem von der Nase abzuschnehen, erwiderte ich gelassen: „Ich bin Sozialdemokrat.“ „Herrgott! Herrgott! ach Gott! ach Gott! muß ich noch so was erleben, nein es ist zum Tollwerden. O, wenn ich nur die Gewalt hätte, nur die Gewalt! Gibt es denn etwas Berrückteres, als solche Ideen?“ „Was wollen Sie denn mit der Gewalt! die hat doch —“ „Was ich damit will? ich sage Ihnen, hätte ich die Gewalt, ich — ich — alle die verfluchten Kerle müßten in Zwangsjade gesteckt und in die Irrenhäuser gebracht werden, die Gesetze sind zu mild, unsere Regierung noch zu liberal, o Gott, hätte ich nur die Gewalt!“ so polterte das Männchen in einem fort und drehte sich auf dem Stuhle dabei so hystig herum, daß der Stuhl herumflog und ich einige Schritte zurücktreten mußte, um nichts an die Beine zu kriegen. Endlich kam auch ich zu Worte, doch hat das für die Leser des „Volkstaat“ weniger Interesse was ich sagte, da ja

ein jeder Sozialdemokrat weiß, was er einem solchen polizeilichen Ergüsse gegenüber zu thun hat, und darum beschämen wir uns bloß mit dem Commissar, der ohne Zwangsjade und Irrenhaus doch wieder zu sich kam, das heißt ruhiger wurde. Es gab noch eine heftige Scene, als ich energisch meine Bescheinigung forderte, namentlich als mich der „Gesetzeng“ fragte, von was ich lebe. Die Antwort, die ich gab, erregte einen neuen Sturm, und als dieser sich gelegt, wurde mir verklärt, daß ich die Bescheinigung erhalten solle, indem nicht der Gewaltige sie selbst ausstellen könnte. Warten wollte ich nicht, da ich wieder abreisen mußte, und so wurde ich entlassen mit dem Versprechen, die Bescheinigung zu gesandt zu erhalten. Doch gab mir Häring, so hieß nämlich der Commissar, noch eine fürchterliche Drohung, resp. eine väterliche Ermahnung mit auf den Weg: „Aber das sage ich Ihnen, erwägen Sie ihre Worte genau, die sie sprechen werden, nehmen Sie sich vor mir in Acht!“ Das schloß mir gerade noch, um meine Laune zu erwecken und mir den ganzen Auftritt komisch erscheinen zu lassen, und so erwiderte ich lachend: „Seien Sie nur hübsch aufmerksam, mich von Ihnen fangen zu lassen, fällt mir gar nicht ein.“

Sei es, daß man meiner Versicherung nicht traute, daß ich abreiste, genug, als ich die Annonce aufgegeben, war der Zug schon fort und ich mußte bleiben. Raum sah ich in meinem Gasthof, um zu frühstücken, da kamen zwei Knaben die mir verklärt, daß der Wirth, Better ist sein Name, sich anders besonnen, und das Lokal nicht mehr zu haben sei. Auf mein Befragen erklärten die Knaben, der Polizeikommissar sei dagewesen. Nun mußte ich, woher der Wind wehte. Ich hatte dem Wirth und der Polizei gesagt, daß ich abreiste, und wurde doch sofort in einem Gasthof ausfindig gemacht resp. aufgestiebert, um die Wirth in Empfang zu nehmen. Wie das wohl kam? Alsbald ging ich wieder zum Wirth, dieser schüttete allerlei vor, er hätte auch noch Schweineauszettel u. dgl., an das hätte er alles nicht gedacht, es könne nichts daraus werden. Er wollte aber nicht zugeben, daß der Polizeikommissar bei ihm war, doch — Kinder und Narren — Gewiß ist, daß mittlerweile ein anderes Schwein die Versammlung ausgelegt hat. Kurz und gut, er wollte nicht mehr von einer Versammlung wissen und schlug mir auch für fernere Zeit den Saal ab. Bei anderen Wirthen hatte ich keinen Erfolg; wo ich ihn aber doch gehabt, das will ich für heute verschweigen, nur das will ich noch bemerken, daß ich mich mit dem sträflichen Gedanken trug, wenn ich die Volksversammlung zu Stande brachte, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Höflichkeit preussischer Polizeibeamten.“ Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben Herr Häring, Sie werden doch noch das Vergnügen haben, mich in den Mauern Burg zu sprechen zu hören, und deshalb rufe ich Ihnen zu: Auf Wiedersehen! Philipp Biemer.

Worms, 28. Mai. Am Pfingstmontag wurde hierorts ein stark besuchter Arbeitertag abgehalten, über den die Mainzer „Süddeutsche Volksstimme“ wie folgt berichtet:

„Betreten waren auf denselben von Seiten der sozialdemokratischen Partei die Mitgliedschaften von Mainz durch Leyendecker, Müller, Dackner, Lemoine, Hirsch und Busch, Mannheim durch Ehrhardt, Wahn, Müller und Keller, Heidelberg durch Bierwirth, Fein und Kleffatell, Wiesbaden durch Kaufmann und Kramer, Castel durch Kayser, Pforzheim durch Löwenberg, Darmstadt durch Feuchtmann 1., Altdorf und Donges, Gartenfeld durch Staubt, Sander, Müller und Dörr, Bensheim durch Schmidt, Griesheim durch Stelz, Frankfurt durch Sabor, Weinheim durch Ehrhardt, Kirchheimbolanden durch Berg; außer diesen Delegirten hatten sich noch eine große Anzahl Parteigenossen eingefunden aus den vorgenannten Orten, welche an den Verhandlungen Theil nahmen. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein hatte ebenfalls seine Delegirten aus folgenden Orten gesandt: Offenbach, Frankfurt, Bockenheim, Mannheim und Worms.“

Zur angekündigten Zeit, Vormittags 11 Uhr, wurde der Arbeitertag eröffnet und Müller aus Mainz zum 1. Vorsitzenden, Kleffatell aus Heidelberg zum 2. Vorsitzenden, Hirsch, Kramer und Dörr zu Schriftführern gewählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt sich eine Debatte, durch einen Antrag von Ehrhardt aus Mannheim hervorgerufen: daß nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei an den Verhandlungen Theil nehmen sollten, alle anderen sollten das Lokal verlassen; an der Debatte theilnehmten sich unversucht Weyerburg, Kayser, Ehrlich, Bierwirth, Leyendecker und Corna und Schulze vom Allg. deutsch. Arbeiterverein, und welche durch die Ausführungen von Kayser und Leyendecker dadurch erledigt wird, daß alle Anwesenden, gleich viel welcher Partei sie angehören, den Verhandlungen beiwohnen, jedoch an der Abstimmung nicht Theil nehmen können. Hierauf wurde zum 1. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Die Delegirten von Mainz, Mannheim, Heidelberg, Gartenfeld, Castel, Bensheim, Frankfurt, Griesheim und Weinheim klagten einestheils über den Lokalmangel, andertheils wieder über die geringe Agitation, während die Darmstädter und Wiesbadener nicht über Lokalmangel, wohl aber über den Indifferentismus desto mehr klagten, der die Mitgliedschaften nicht recht auskommen lasse, und dem nur durch von Zeit zu Zeit abzuhaltende größere Versammlungen entgegenzuarbeiten werden könne. Kaufmann aus Wiesbaden behauptet, daß die dortigen Mitglieder einen eigenen Candidaten bei den letzten Reichstagswahlen angesetzt, was ihnen viele Kosten verursachte, woran sie heute noch zu laboriren hätten. Schmidt aus Bensheim hebt hervor, daß die Ultramontanen in Bensheim sich der Mitgliedschaft bemächtigt hätten, und wäre es hohe Zeit, daß für die Bergsträße etwas gethan würde. Nachdem noch Löwenberg über Pforzheim und Umgegend berichtet und Ehrhardt, Donges, Ehrlich, Bierwirth, Sabor, Kayser und Andere Vorschläge machten, gelangte der zweite Punkt der Tagesordnung zur Debatte, und fand derselbe Erledigung durch Annahme des folgenden Antrages:

„Die in Worms versammelten Delegirten beauftragen die Mainzer Mitgliedschaft, ein Agitationscomité zu ernennen, welches sich in Verbindung durch Ernennung mit correspondirenden Mitgliedern anderer Orte zu setzen hat und das Recht besitzt, sich zu jeder Zeit cooptiren zu können.“

Hierauf gelangte ein Telegramm aus Kaiserslautern, an den Arbeitertag in Worms gerichtet, zur Besetzung:

„Kaiserslautern, 25. 5. 74, 12 Uhr 26 M.
Arbeitertag Worms, alte Sonne.“

Die Sozialdemokraten Kaiserslauterns ihren Parteigenossen die herzlichsten Grüße. Trotz Lessendorfs, Stiebers und Stromers stehen wir um so fester zur Fahne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

welches mit einem Hochrufe aufgenommen wurde.
Der 3. Punkt der Tagesordnung: Organisation der Parteipresse, konnte der vorgerückten Zeit wegen nicht sehr ausführlich behandelt werden und wurde einem jeden Anwesenden es zur Pflicht gemacht, unermüdet für die Verbreitung der Parteipresse zu agitiren. Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen

Donges und Kofner, wegen Nichterscheinen des Reglers in der von ihm anberaumten Volksversammlung in Darmstadt, wurde die Versammlung 7/2 Uhr unter Hochrufen geschlossen.

Würdigen Abschluss fand der Arbeitertag durch eine Volksversammlung. Bei der Bureauwahl gab es anfangs zwar „viel Lärm um Nichts“. Es waren nämlich eine Anzahl Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ aus Frankfurt, Mannheim und Offenbach anwesend, welche einen der Ihrigen zum ersten Vorsitzenden haben wollten und deshalb sich nicht beruhigen konnten, daß der Vorsitzende angesehentlich die Majorität als erster Vorsitzender für sich hatte. Erst auf die entschiedene Erklärung Lehendeker's, daß er jeden Mißliebigen sofort aus dem Saal weisen werde und daß die Versammlung nicht dagegen einwende, wenn ein Mitglied des Allgem. deutsch. Arbeitervereins als zweiter Vorsitzender vorgeschlagen werde, kam es zur Ruhe. Kaiser (Castel) ergriff das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Thätigkeit der letzten Reichstagsdeputation.“ Brieflich war zu dieser Versammlung der Reichstagsabgeordnete C. W. Heyl eingeladen, der Herr Volks-„treter“ hat aber nicht den Muth gehabt, der Einladung Folge zu leisten, ja er hat nicht einmal Entschuldigungsgründe angeben können für sein Nichterscheinen. Genosse Kausler führte unter großem Beifall sein Referat zu Ende. Hierauf beschloß die Versammlung endgiltig mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie. Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stimmten sodann noch die Arbeiter-Marschallise an unter kräftiger Theilnahme unserer Parteigenossen.

Wiesbaden, 31. Mai. Am 1. Juni hatte hier eine Volksversammlung stattgefunden, in der Max Kaiser über: „Die letzte Reichstagsdeputation“ referirte. Dahnner, der für dieselbe Versammlung über „die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu sprechen zugesagt hatte, war leider am Erscheinen verhindert, ließ aber sagen, daß er in einer der nächsten Parteiversammlungen das Thema behandeln würde. Parteigenosse Kaiser entledigte sich seiner Aufgabe in anberthaltendster Rede unter allgemeinem Beifall. Er behandelte das mit dem 1. Juli in Kraft tretende Reichspressgesetz, das Militär-, das projektirte Contraktbruch- und das sogenannte Bischofs- oder Rauchscheißgesetz, kam dann auf den so sehr gerühmten Sparapostel Schulze-Delisch zu sprechen und wußte schließlich in gelungener Satyre die vor einer Wählerversammlung gefallene Behauptung des Bürgermeisters Lang, Schulze-Delisch habe die soziale Frage gelöst, als den pursten Blödsinn hinzustellen. Der Vortrag Kaisers wurde, wie schon gesagt, äußerst beifällig aufgenommen. Es fragte sich jetzt, ob die Arbeiter von Wiesbaden nun auch handeln werden, ob sie der Aufforderung, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, Folge leisten werden. Arbeiter von Wiesbaden! Tretet der sozialdemokratischen Partei bei, helfet mit kämpfen an dem großen Kampfe zur Befreiung der Arbeiterklasse; kämpfet mit uns für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

München, 4. Juni. Durch beständigen Zuzug von Arbeitern sind die Arbeitskräfte hier mehr als überflüssig geworden, und da die Meister diese für sie günstige Gelegenheit benutzen, die Löhne herabzubringen, so ersuchen wir den Zuzug nach hier zu verhindern. Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen. Zugleich bemerken wir, daß das Arbeitsvermittlungsbureau für Tischler sich im Moosburger Hof, Semblingerstraße befindet. Im Auftrag des Fachvereins der Tischler: P. Sappinger, 1. Schriftführer.

Wien. Unter den Kynographen Wiens ist wegen Tarifverletzung eine Lohnbewegung im Zuge und sind die Unterhandlungen bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Wir ersuchen daher unsere Collegen im In- und Auslande, jeden Zuzug ferne zu halten.

Das Aktionscomité. NB. Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden um Ausnahme dieser Notiz ersucht.

Aus Böhmen. Auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung sind recht heitere Stunden zu vermehren, die werth sind, der Vergessenheit entrissen zu werden. Wie allwärts so ist auch in Böhmen die Arbeiterbewegung unsern derzeitigen Staatshütern ein Dorn im Auge. Nicht einmal die allerunschuldigsten, nur Fachinteressen gewidmeten Bestrebungen der Arbeiter finden vor der wohlwollenden Polizei so viel Gnade, um geduldet zu werden. So wollten am Dienstag, den 26. Mai, die Schneidergehilfen Prags eine Versammlung abhalten, um über die Gründung einer Fachschule zu verathen. Die Versammlung wurde der Polizei gemeldet. Da die Zeit der Abhaltung derselben aber auf Nachmittags 5 Uhr festgesetzt war, so verbot die Polizei diese Versammlung unter Hinweis auf die §§ 75 und 76 des österr. Gewerbegesetzes mit der Motivirung, es sei um diese Stunde Zeit zur Arbeit, nicht aber Zeit zu Versammlungen. Das wäre an und für sich schon nicht so ganz übel, wenn nicht dazu käme, daß auch die Schneider von der allgemeinen Arbeitslosigkeit betroffen wären und anstatt wöchentlich 6, nur höchstens 3—4 Tage arbeiten können, aus dem einfachen Grunde, weil es keine Arbeit gibt. Die Prager Schneider beriefen nun die beabsichtigte Versammlung an einem andern Tage, Abends 8 Uhr, ein und setzten pflichtschuldigst die Polizei davon in Kenntniß. Jetzt mußte der Grund, weswegen man die erste Versammlung verbot, wegsallen; aber die Polizei erreicht ihre Zwecke auch ohne gesetzliche Gründe, und so verbot sie diese Versammlung der Schneidergehilfen, die lediglich den Zweck haben sollte, die Gründung einer Fachschule zu besprechen, ohne jede auch noch so dürftige Motivirung. Der Held dieser Polizeimänöver gegen die Arbeiter ist Franz Damera, Polizeirath zu Prag. So wie den Schneidergehilfen ergeht es auch den Arbeitern aller andern Branchen in Böhmen, besonders aber in Prag. Arbeiterbildungsvereine werden auch nicht geduldet; nicht den leisesten Versuch dürfen sie wagen, sich in irgend einer Beziehung auf einen höheren Standpunkt hinaufzuheben; sobald es die Polizei erfährt, weiß sie es auch zu verhindern. Dabei ist noch zu bemerken, daß die unter demselben Gesetz der österreichischen Monarchie stehenden Arbeiter anderer Orte, z. B. Wien, das thun dürfen, was in Prag verboten und verhindert wird. So bekämpft man den auch in den tschechischen Arbeitern ausübenden Bildungs- und Emanzipationstrieb.

Bereits ins dritte Jahr hinein erscheint in böhmischer Sprache alle 14 Tage die Arbeiterzeitung „Dělnické listy“, welche die sozialdemokratischen Prinzipien den böhmischen Arbeitern lehrt und über tausend Abonnenten zählt. Die Polizei thut auch hier ihr Möglichstes, um diesem Blatt das Leben nach Kräften schwer zu machen. Die „Dělnické listy“ erscheint jährlich nur 24 mal, aber

das schon ist der Polizei zu viel, und das Blatt wird von ihr jährlich mindestens 10—12 mal konfiszirt. Da in Oesterreich der Zeitungstempel existirt, und die Zeitungen in der Regel erst konfiszirt werden, nachdem die Steuer entrichtet ist, so ist der „Děln. listy“ lediglich an verloren gegangener Zeitungstempelsteuer seit der Zeit ihres Bestehens ein Verlast von über 2000 Gulden erwachsen. Trotz dieser nicht gerade ermunternden Thatsachen vermehren sich die Arbeiterblätter, wenn auch langsam, aber um so sicherer. So gehen z. B. die Arbeiter Reichenbergs schon längst mit dem Projekt um, für Reichenberg und Umgegend ein halbmonatlich erscheinendes Arbeiterblatt zu gründen. Die Arbeiter der österreichischen Monarchie können sich nur halbmonatlich erscheinende Zeitungen gründen, da sie für in kürzeren Fristen herauszugehende Blätter hohe Cautionen erlegen müssen. In Reichenberg fand sich aber bis jetzt kein Buchdrucker, der den Druck dieser Arbeiterzeitung übernehmen wollte, trotzdem die Kosten pränumerando gedeckt werden sollte; ja ein Buchdruckerbesitzer in Gablenz bei Reichenberg stellte so unverkämte — hohe wollte ich sagen — Forderungen, daß darauf kein vernünftiger Mensch eingehen konnte. Die Reichenberger wollen das Blatt nun in Prag drucken lassen und fallen da leider wieder dem Polizeirath Damera in die Hände, der ausdrücklich verlangt, daß der verantwortliche Redacteur dieses Blattes in Prag wohnen soll. Geseßlicher Vorschrift gemäß muß der Redacteur einer in Oesterreich erscheinenden Zeitung am Ort der Herausgabe wohnen, der Ort der Herausgabe soll aber Reichenberg sein, in Prag soll die Zeitung nur gedruckt und altdann verpackt per Post oder Bahn nach Reichenberg spedirt werden, woselbst sich Administration und Redaction der Zeitung befinden. Polizeirath Damera betrachtet aber den Druckort als gleichbedeutend mit dem Ort der Herausgabe. In den zwischen dem genannten Polizeirath und dem Redacteur der Reichenberger Arbeiterzeitung („Arbeiterfreund“) stattgefundenen Hin- und Wiederreden hat der Polizeirath Damera seinem Mißfallen über das Erscheinen dieses neuen Arbeiterblattes durch eine massive Grobheit gegen den mit ihm verhandelnden Arbeiter Ausdruck gegeben und dabei offenhertzig geäußert: „Ich bin kein Freund dieser internationalen Arbeiterzeitungen!“ — Das jedoch wird die Reichenberger Arbeiter wenig kümmern, sie werden die ihnen entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden wissen, die Zeitung wird erscheinen und hoffentlich wird sie ein neuer Nagel zum Sarge der Feinde des Volkes. In Reichenberg und Umgegend findet man die Lehren der Sozialdemokratie weit verbreitet und fest eingewurzelt. Nicht lediglich die ärmsten Schichten des Proletariats halten zur Sozialdemokratie, sondern auch diejenigen, die da noch einen gewissen Besitz hinter sich haben, wie z. B. Häusler und kleine Bauern, stehen treu zum Sozialismus und fördern seine Ausbreitung, ja sie sind theilweise sogar die Bordensten. Die in der Umgegend Reichenbergs auf fast jedem Dorfe bestehenden Lesevereine üben in dieser Beziehung einen schätzenswerthen Einfluß aus und ist es höchst erfreulich zu sehen, wie allgemein das klare Verständniß der sozialistischen Prinzipien zum Ausdruck gelangt.

Gannstatt. Die Versammlung, welche am Montag, den 18., bei Herrn Restaurateur Rächle abgehalten wurde, war trotz des jungen Bestehens der hiesigen sozialdem. Partei sehr zahlreich besucht und wird auch durch einen Delegirten bei der Landesversammlung in Gmünd vertreten.

Herr Burdardt referirte in längerer Rede über die Organisation der soz. dem. Arbeiterpartei. Das Vorurtheil und die Unwissenheit des Volkes ist jetzt hier beseitigt und es kann nun nicht mehr vom Sozialdemokratenfieber die Rede sein. Eine Sache, welcher man nach so vielen Mißerfolgen dennoch treu bleibt, muß tiefere Gründe als der Verstand unseres Herrn Redacteur Bed haben, welcher mit seinem Schreien und Lärmen, Verböhen und Verfolgen unserer Sache mehr nützt als schadet. Wir fordern nun alle Arbeiter Canstatt auf, sich unserer Sache anzunehmen, durch gegenseitige Aufmunterung, durch moralisches Beispiel, um der großen Masse den Beweis zu liefern, daß wir unsern Feinden überlegen sind und nicht ein Fieberwahn uns begeistert. Was auf Wissenschaft gegündet ist, kann unmöglich wieder zu Grunde gehen. (Sidd. Volksztg.)

Briefkasten der Redaktion. I. in Pf.: In nächster Nummer. An den Namen des Einsenders erinnern wir uns nicht mehr. — Viele Correspondenzen mußten wegen Raummangels zurückgestellt werden. — I. in Kreuzlingen: In nächster Nummer. D. in Solingen: Es wird Ihnen Laßalle's Bastiat-Schulze und E. Hirsch's: „Der Staat und das Genossenschaftswesen“ übersandt werden. — A. Schw. Königberg: Der Abdruck Ihres Schreibens an das Kgl. Polizeipräsidium kann nicht oder doch nur mit Beglaffung des zu Weiterungen leicht Anlaß gebenden letzten Absatzes: „Ich kann nur so.“ geschehen.

der Expedition. J. Endres Augsburg: Die bezahlten 11 Gr. waren für Annoncen der soz. dem. A.-P. im Jhr., für März betr. die 21 Gr. wie in Nr. 61 d. „Volksst.“ aufgeführt. — J. R. aus Solingen Nr. 1 Thlr. J. Prist Bazarbelv Nr. 17 Gr. H. St. Louis Schr. 8 Gr. Schulz Linden Schr. 6 Gr. 5. Cigarrenarb.-Ver. Hamburg Ann. 19 Gr. Jrl Breslau Nr. 2. D. 20 Thlr. Mkr hier Schr. 1 Thlr. Obich hier Schr. 1 Thlr. 5 Pf. D. Res Berlin Nr. Mai Thlr. 9 15. Grntz Jüterbog Ann. 9 Gr. M. Schmidt Jüterburg Thlr. 1 22. Ork Ludenwalde Ann. 6 Gr. Klemperer Hamburg Ann. 7 Gr. Maurergewsch. hier Ann. 12 Gr. Mkl Schneberg Schr. 6 Gr. Mkr Grimma Schr. 1 Thlr. Webers. Greiz Ann. 9 Gr. Ph. R. Mannheim von je 20 1 Freier. C. Wg Mühlhausen Schr. 28 Gr. L. Schrdt Kgram Nr. Thlr. 2 8. G. Dmbr Solingen Schr. Thlr. 1 1. B. S. Würzburg Schr. Thlr. 12 1, Ab. „Volksst.“ u. „N.-J. Arb.-Zeitung“ Thlr. 2 10.

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilscheine bez. Antheilsquittungen erhielten ferner: In Hamburg Th. Nr. 2 Thlr.

Fond f. pol. Gemahrgelste. B. G. hier 3 Gr., B. S. Würzburg Thlr. 14 6.

Anzeigen zc. Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Augsburg Samstag, den 13. Juni, versammeln sich die hiesigen Mitglieder in der Schäpnhalle. — Es ist notwendig, daß der Besuch ein zahlreicher ist. Im Auftrag: J. Endres.

Augsburg Sonntag, den 14. Juni: Metallarbeitergewerkschaft. Großes Gartensfest mit Tanzunterhaltung. Freunde und Gewerkschaftsmitglieder sind freundlichst eingeladen. Entrée für Concert à Person 6 Kr. Tanzunterhaltung für Herren 12, für Damen 6 Kr. Das Fest-Comité.

Cöln Sonntag, den 14. Juni, findet von Abends 8 Uhr ab (im alten Rathhaus an der Schnurgasse) unser erstes Stiftungsfest statt; verbunden mit Feste und Ball nebst gefälliger Mitwirkung des Kölner Männer-Gesang-Vereins Arion. Entrée 7 Gr. 5 Pf. Eine Dame frei. Kassenpreis erhöht. Karten sind von den Mitgliedern und im Reineinstotal zu haben. Alle hiesigen und anwesenden Steinmetzen sowie Freunde und Parteigenossen sind hierzu freundlichst eingeladen. 2b) Die Kölner Mitgliedschaft des deutschen Steinmetz-Vereins.

Grimma Sonntag, den 14. Juni, findet im Gasthaus „Zum Weinberg“ ein

Arbeiterfest mit Concert, Deklamation und Ball statt. — Anfang des Concerts um 4 Uhr, des Balles 7 Uhr, wozu alle Freunde von Nah und Fern einlabet Das Comité.

Leipzig Gewerkschaft der Planer und Zimmerer. Sonnabend, den 13. Juni 1874, Abends 8 Uhr: 1. Stiftungsfest in den Räumen der „Tonhalle“, bestehend in Concert, Festrede (von Dr. Aug. Otto Walfert in Dresden) und Ball. Einlaß 7 Uhr.

Alle Bauhandwerker, Gewerkschaften sowie Freunde und Gönner der Arbeiterfrage sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Bevollm. [3c]

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, 11. Juni, Abends 8 Uhr im Gosenhale. Tagesordnung: Soz.-pol. Wochenbericht Ref. Witt. Vortrag von Rauert über die Unterschiede zwischen den Girsch-Dunderschen Gewerksvereinen und den internationalen Gewerkschaften. Gäste willkommen. Der Vorstand.

London Arbeiterbildungsverein. Deutsche Section der Internationalen Arbeiterassoziation. 81 Blue Post Tavern, Newmann Street Oxford Street W. C. Versammlungsabende Mittwoch und Samstag. Jeden Dienstag englischer Sprachunterricht. Der Sekretär:

Leo Fränkel, 13 Mortimer Street W. Section 1 der Internationalen Arbeiterassoziation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abends 8 Uhr im 10. Ward Hotel corner (Ecke) of Broome & Forsyth Str.

New-York Vereinigte Tischler. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Versammlung in Teutonia, Assembly Rooms, 158—160 Avenue. Arbeitsnachweisbureau bei John Frank 149, Eldridge Street. (ml)

Zur Nachricht! Diejenigen Herren der Holzarbeitergewerkschaft, welche sich an dem Cursus für Buchführung, Correspondenz und Procentrechnung etc. betheiligen, wollen sich Donnerstag, den 11. Juni a. e., Abends 7/9 Uhr, nach Zeidler's Restaurant bemühen.

Hepner's Bibliographische Centralagentur (Breslau, Gräbischerstraße 33) offerirt: Barnhagen, Tagebücher, Bd. 1—6 statt 18 für 12 Thlr. (Bd. 5 und 6 vollständig vergriffen). Zimmermann, Geschichte des Bauernkriegs, 2 Bde. 2 Thlr. 21 Gr. Derselbe: Geschichte der Jahre 1840—60 1/2 Thlr. Schowitz, Geschichte der ungar. Revolution, 2 Bde. 1 Thlr. 24 Gr. — Alle größeren und selteneren staatswissenschaftlichen Werke des In- und Auslandes werden durch mich billigt beschafft.



Arbeitshosen.

- Necht Englische Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr., Leder-Westen à Stück 1 Thlr., Cordhosen à Stück 1 Thlr. 10 Sgr., Starke Stoffhosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr., Drellhosen à Stück 1 Thlr., Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/2 Sgr.

Louis Guttman Leipzig, Grimma'sche Straße Nr. 24.

Ein Schuhmachergeselle (am liebsten Parteigenosse) wird gesucht bei R. Krüger, Gr. Griechenmarkt 93, Köln a. Rh.

Aufforderung! Wilh. Eggers aus Neustadt in der Rheinpfalz (Bayern) wolle mir sofort seinen jetzigen Aufenthaltsort anzeigen. Kreuzlingen bei Constanz (Schweiz). Wilhelm Lang, Schneidermeister.

Abonnements auf die New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ nimmt die Unterzeichnete entgegen. Der zweite Jahrgang begann am 7. Febr. 1874; mit 4. April das zweite Quartal. — Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal. Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr. Zahlreichen Aufträgen steht entgegen Leipzig. Die Expedition des „Volksstaat.“ (ml)

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen: Neues und Altes. Eine Bertheiligungsschrift von G. A. Demmler zu Schwerin Leipzig, 19. Mai 1874. Die Expedition des „Volksstaat.“

Bekanntmachung. Auf Antrag des Hotelier Louis Kraft in Leipzig ist der Literat Adolph Hepner in Breslau wegen mittelst des im „Volksstaat“ vom 3. Mai 1873 Nr. 36 unter „Correspondenzen“ erschienenen Briefes dem Eingangs Genannten beigefügter öffentlicher Bertheiligung nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs zu fünf Thaler Geldstrafe und zu Bezahlung der Untersuchungskosten verurtheilt worden, was auf Antrag des Privatanklägers hiermit öffentlich bekannt gemacht wird. Leipzig, am 3. Juni 1874. Königl. Gerichtsam I, Eitzenborf-

Leipzig: Secretär, Redaction: H. Freizer. (Redaction u. Expedition: Zelbnerstr. 64.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.